

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 05. März 2024

Entschuldigt: GR Birkhold, GRin Roese, GR Schäch

1. Bürgerfragestunde

Ein Steinheimer Bürger äußert zu Beginn die Frage, warum in der heutigen Sitzung die Entwurfsplanung behandelt wird. Seiner Ansicht nach wurde diese bereits in der Gemeinderatssitzung am 21.11.2023 beschlossen. Weiterhin bekundet er seinen Unmut über den Projektverlauf. Er fragt weiter, ob es gelinge, den vorliegenden Rahmenterminplan mit der aktuellen Manpower der Verwaltung einzuhalten. Seine abschließende Bitte ist, dass es seiner Ansicht nach wichtig ist, dass das Thekenpersonal einen Blick auf das Spielfeld hat.

Ein weiterer Steinheimer Bürger erläutert die persönliche Betroffenheit der Steinheimer Sportler aufgrund der fehlenden Wentalhalle. Er macht den Wunsch einer zeitnahen Umsetzung des Neubaus der Wentalhalle deutlich. Dass es sich bei der Wentalhalle um ein sehr komplexes Projekt handelt, sei allen bewusst. Er richtet seine Frage an den Gemeinderat, wie dieser das Projekt Wentalhalle möglichst optimal steuert und begleitet. Er erkundigt sich weiter, wer zukünftig die Verantwortung für das Projektmanagement tragen wird und ob der Einsatz eines Projektsteuerers zielführend ist bzw. warum kein Projektsteuerer eingesetzt wurde.

Bürgermeister Weise äußert, dass auf die genannten Fragen unter TOP 3 „Neubau Wentalhalle“ eingegangen wird.

2. Bekanntgaben

a) Ehrenurkunde für den scheidenden Gnannenweiler Ortswart Johannes Grötzing

Bürgermeister Weise überreicht dem scheidenden Gnannenweiler Ortswart Johannes Grötzing eine Dankesurkunde und dankt ihm für die langjährige Tätigkeit (seit 2005), s. Bericht letzter Woche.

b) Ernennung von Andreas Vogel zum Ortswart in Gnannenweiler

Bürgermeister Weise ernennt Herrn Andreas Vogel zum Ortswart von Gnannenweiler und überreicht ihm die Ernennungsurkunde mit den besten Wünschen für seinen Dienst. Herr Vogel wurde im Zuge der Einwohnerversammlung am 21.02.2024 von der Gnannenweiler Bürgerschaft gewählt, s. Bericht letzter Woche.

c) ELR Förderung für die Straße „In der Breite“

Bürgermeister Weise informiert, dass die Gemeinde für die Umgestaltung der Straße „In der Breite“ aus dem Förderprogramm Entwicklung Ländlicher Raum (ELR) 122.160 EUR erhält. Damit wurde der Antrag der Gemeinde vollumfänglich bewilligt.

3. Neubau Wentalhalle

Die am 26.02.2022 durch ein Feuer völlig zerstörte und inzwischen abgebrochene Wentalhalle soll schnellstmöglich durch einen Neubau ersetzt werden. In Abstimmung mit dem dafür eingesetzten Bauausschuss und dem Gemeinderat wurde eine Vorentwurfsplanung erstellt. Dieser Vorentwurf wurde in öffentlicher Sitzung am 21.11.2023 beraten und beschlossen. Hierauf aufbauend wurden die Änderungswünsche aus der Sitzung eingearbeitet und die Entwurfsplanung fertiggestellt (inklusive Materialkonzept, HLS-Planung, Elektrotechnik-Planung, Brandschutzgutachten, Bauphysikalische Berechnungen zum Wärmeschutz und zur Raumakustik, Vermessungsplan).

Architekt Stefan Popp (BJW Architekten, Zimmern ob Rottweil) erläutert in der Sitzung ausführlich die zu beschließende Entwurfsplanung und die Zusammenhänge der einzelnen Gewerke, auch um alle Beteiligte auf einen einheitlichen Informationsstand zu bringen. Nach Rücksprache mit dem TV Steinheim sollen Fertiggaragen als Außengeräteraum am westlichen Ende der Tartanfläche erstellt werden. Zudem wurden weitere überdachte Sitzflächen geschaffen.

Seitens des Gremiums wird die **Ausführung der Rampe** zur Anlieferung des Kiosks (westlicher Zugang) hinterfragt. Weiterhin wird der Wunsch deutlich, in der Entwurfsplanung für den **Kioskbereich den Blick auf die Spielfläche** zu ermöglichen. GR Braun regt an, zu überdenken, ob eine **Überdachung beim Sportlereingang** gewünscht ist oder nicht. Im Moment gibt es keine Überdachung beim Sportlereingang. Diesbezüglich könne im Bauausschuss vorberaten werden. Das Architekturbüro wird diese Anregungen prüfen und ggf. in die Planung einfließen lassen.

Kostenberechnung

Architekt Stefan Popp präsentiert die Kostenberechnung des Neubauprojektes. Unter Berücksichtigung aller Einzelheiten sowie der Baupreissteigerung beläuft sich die aktuelle Berechnung der Gesamtkosten auf 15,67 Mio. EUR.

Rahmenterminplan

Architekt Popp erläutert den Rahmenterminplan. Nachdem im Gemeinderat entschlossen wurde, nicht auf die Versicherungsrückmeldung zu warten, liegt das Planungsteam im Zeitplan. Die Versicherung wurde mehrfach proaktiv kontaktiert, um die Prozesse zu beschleunigen.

Nach der beschlossenen Entwurfsplanung wird die Baugenehmigung erstellt. Dabei stellt Architekt Popp heraus, dass die Baugenehmigung keine große Herausforderung darstellt und nebenher abgearbeitet wird. Zeitgleich können weitere Planungen angeschoben werden. Wenn die Baugenehmigung vorliegt, soll im Sommer das erste Ausschreibungspaket auf den Weg gebracht werden. Da in diesem Projekt die Investitionsgrenze von 5,5 Mio. EUR überschritten wird, ist es zwingend europaweit auszuschreiben. Im Oktober sollen die ersten Rohbauarbeiten beginnen. Parallel können die nächsten Ausschreibungspakete geplant werden.

Materialauswahl Außenfassade

Es werden die möglichen Materialvarianten zur Gestaltung der Außenfassade vorgestellt. Zur Wahl steht aktuell eine vertikal strukturierte Metallfassade (Aluminiumlochblech). Die Alternative ist eine vertikale Holzverschalung aus Weißtanne (vorvergraut). Architekt Popp ergänzt, dass nach seiner Einschätzung mit beiden Materialien 30 Jahre keine Schwierigkeiten entstehen. Nach einer Diskussion im Gremium **fasst Bürgermeister Weise zusammen, dass eine Besichtigungstour geplant wird, um eine fundierte Entscheidung bezüglich des Materials der Außenfassade treffen zu können. Der Beschlussvorschlag wird zurückgestellt.** GRin Dr. Freist-Dorr bittet darum, das Thema CO₂-Billanz für die Entscheidung mit aufzugreifen.

Architekt Popp präsentiert im Anschluss drei Materialkisten für Bereiche wie Fenster, Foyer, Sportboden usw. Bezüglich des Sportbodenbelags müsse die Expertise des Handballvereins etc. eingeholt werden. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, zur Entscheidungsfindung der Materialien im Bauausschuss vorzubereiten, um anschließend im Gemeinderat die Materialien fundiert zu beschließen.

Herr Jooß (Merkle Ingenieurgesellschaft mbH, Heidenheim), Fachplaner für Heizung/Lüftung/Sanitär führt durch die Eckdaten seines Bereichs. Der prognostizierte Heizwärmebedarf liegt bei 75,5 KW. Die Intension ist, den gesamten Bedarf über die Wärmepumpen zu leisten. Dennoch werden Gaskessel installiert, die bei Bedarf jederzeit einsatzbereit sein werden.

Herr Schmidt (IB Kummich & Weißkopf GmbH, Bopfingen), Fachplaner Elektrotechnik gibt ebenfalls eine Zusammenfassung. Die Besonderheit des Gebäudes ist eine flächendeckende Brandmeldeanlage. Unter anderem wird auf den Pufferspeicher in Batterieform eingegangen. Sobald ein Überschuss vorhanden ist, wird dieser ins öffentliche Netz gespeist.

Zusammenfassend verständigt sich das Gremium darauf, auf einen ausreichenden Informationsfluss im Gremium zu achten sowie zeitnah einen Bauausschusstermin festzulegen.

Der Gemeinderat beschließt bei einer Enthaltung (GR Preiß) die vorgestellte Planung als Entwurf, mit Ausnahme der zu prüfenden Punkte: Sicht vom Kioskbereich auf das Spielfeld, Vordach beim Sportlereingang und der Rampe zur Kioskanlieferung.

4. Antrag der kath. Kirchengemeinde auf Mitfinanzierung der Sanierung der Außenanlagen vom Kindergarten St. Peter

Die Außenanlagen der Kindertagesstätte St. Peter wurde am 20.02.2024 in einer nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung besichtigt. Die Kitaleitung Frau Kenntner erläuterte welche Mängel der Außenbereich aufzuweisen hat. Die Außenanlage der Kita St. Peter ist in die Jahre gekommen und muss saniert werden. Neben der Erneuerung der Spielgeräte, des Sandkastens, des Zaunes, der Spielhallen (Lagerhallen), soll eine Zuwegung von Süden geschaffen werden. Nach der Kostenschätzung des Architekten Heisler liegen die Gesamtkosten der geplanten Maßnahme bei 260.000 EUR.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig sich an den Gesamtkosten mit 85 % der nachgewiesenen Kosten zu beteiligen, mit der Maßgabe den Gemeindeanteil jedoch auf 200.000 EUR zu begrenzen.

5. Verabschiedung des Haushaltsplanes 2024 für den Kernhaushalt und der Wirtschaftspläne 2024 für die Eigenbetriebe der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung

Der Haushaltsentwurf des Jahres 2024 für den Kernhaushalt samt Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung wurde im Dezember 2023 eingebracht und am 09.01.2024 sowie am 06.02.2024 beraten. Die besprochenen Änderungen wurden eingearbeitet und liegen zur Beschlussfassung vor. Eine zusammenfassende Darstellung des Haushaltsplanes 2024:

Kernhaushalt:

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf -2.932.385 EUR
- Der Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushaltes beträgt -1.222.130 EUR
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -5.589.680 EUR
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit beträgt 3.408.750 EUR
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.500.000 EUR

- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 5.333.500 EUR
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.200.000 EUR

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

- Das veranschlagte Ergebnis beläuft sich auf 3.255 EUR
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Erfolgsplans beträgt 162.685 EUR
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -1.439.380 EUR
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit beträgt 1.276.125 EUR
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 1.655.000 EUR
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 EUR

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung:

- Das veranschlagte Ergebnis beläuft sich auf 134.515 EUR
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Erfolgsplans beträgt 407.150 EUR
- Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -2.565.750 EUR
- Der Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit beträgt 2.162.515 EUR
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.065.000 EUR
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 EUR

Der Gemeinderat stimmt den nachfolgenden Punkten wie ausgeführt bei 18 Ja-Stimmen, einer Enthaltung (GR Preiß) und einer Gegenstimme (GR Müller) zu:

- 1. Dem Haushaltssatzung 2024 mit Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt einschließlich Investitionsprogramm für den Kernhaushalt.**
- 2. Dem Wirtschaftsplan 2024 mit Erfolgsplan und Liquiditätsplan einschließlich Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb der Wasserversorgung.**
- 3. Dem Wirtschaftsplan 2024 mit Erfolgsplan und Liquiditätsplan einschließlich Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb der Abwasserbeseitigung.**

Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppierungen zum Haushalt 2024

Gemeinderat Mathias Brodbeck trägt für die FWV (Freie Wählervereinigung) folgende Haushaltsrede vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,
sehr geehrte Amtsleiterin und Amtsleiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Haushaltsrecht wird traditionell als das „**Königsrecht**“ des Gemeinderates bezeichnet. Es gehört zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Dabei ist es dem Gemeinderat durchaus gestattet, auch „eigene Ideen einzubringen“ und Weichenstellungen für die Zukunft zu initiieren. Der Gemeinderat darf **Gestaltungswille** zeigen und kann somit **Verantwortung** für die richtigen Schritte übernehmen.

Als FREIE WÄHLERVEREINIGUNG liegt es uns am Herzen, dass die Finanzmittel der Gemeinde Steinheim verantwortungsbewusst und vor allem gezielt in die Verbesserung der Lebensbedingungen in Steinheim eingesetzt werden. Heute sollen der **Haushaltsplan 2024** der Gemeinde Steinheim sowie die **Wirtschaftspläne** der beiden Eigenbetriebe verabschiedet werden.

Fast wäre ich versucht gewesen, frei nach Miss Sophie aus „Dinner for One“, zu sagen: „The same procedure as every year ...“. Doch es war ein langer, mitunter durchaus (nicht nur für uns als Gemeinderat) ungewöhnlicher (mit beeindruckenden Excellisten unterlegter) und steiniger Weg, der zu bewältigen war, um das nunmehr finale Werk zur Abstimmung zu bringen.

Ich will heute gerne meinen Ausführungen eines voranstellen: wenn ich an der einen oder anderen Stelle auch kritische Anmerkungen äußern werde, so kritisiere ich den Inhalt des Zahlenwerks der Haushaltspläne. Das soll keine persönliche Kritik an einzelnen Personen sein. Denn wir können bzw. ich kann als Gemeinderat nicht nachvollziehen, wie und warum einzelne Sachverhalte letztlich im Haushaltsplan mit welchem Ansatz aufgenommen wurden.

Ich wünsche mir für die Zukunft, dass Kritik, Fragen, Anregungen oder Erwartungen, die die Redner der einzelnen Gruppierungen bzw. Fraktionen in ihren Stellungnahmen bei der Haushaltsplanverabschiedung vorbringen, ernst genommen werden, dass wir zeitnah Antworten erhalten und dass zumindest versucht wird, künftig manches „besser“ zu machen.

Das vorliegende Zahlenwerk des Haushaltsplans 2024 betrachte ich mit etwas Skepsis. Zwar ist es uns auf Bitten tatsächlich gelungen, in zwei Beratungsrunden das vorgelegte Zahlenwerk zu hinterfragen, zu durchleuchten und zu diskutieren. Und das war gut so und aus meiner Sicht sinnvoll. Aber ob das Ergebnis noch als „ordentlich“ zu bezeichnen ist, da hegen sich bei mir gewisse Zweifel.

Künftig erwarten wir als FREIE WÄHLER die Vorlage von in der Verwaltung gesammelten und übersichtlich und transparent vorbereiteten Zahlen. Und wir erwarten, dass hinter jeder Zahl auch eine konkrete Maßnahme steht, die auf Nachfrage dann auch plausibel erläutert werden kann. Nur so kann sich der Gemeinderat mit dem Haushaltsplan intensiv und verantwortungsvoll auseinandersetzen.

Wir fordern für die Zukunft eine bessere Informationslage – „mehr Fleisch am Knochen“ – damit diejenigen im Gemeinderat, die das gerne tun wollen, sich intensiver und tiefgründiger mit wichtigen Themen und Herausforderungen beschäftigen können. Zukünftig hätten wir deshalb gerne wieder für die Haushaltsplanberatungen einen vorläufigen Haushaltsplan mit Vorbericht und allen dazugehörenden Anlagen.

Folgende Fragen sollten uns bei unseren weiteren Entscheidungen stets begleiten:

Was brauchen wir (wirklich)? Was können wir (uns leisten)?

Nun. Die Plan-Zahlen und die Ist-Zahlen des kommunalen Haushalts in Steinheim waren in der Vergangenheit selten, wenn überhaupt, eine Punktlandung. Die tatsächlichen Ergebnisse waren meist deutlich besser, als zuvor (vorsichtigst) geplant. Die Gründe hierfür sind hinlänglich bekannt. Besser so, als anders herum. In den letzten drei Jahren wissen wir es nicht so genau, denn Ist-Zahlen gibt es bei uns schon lange nicht mehr. Der letzte vorgelegte Jahresabschluss betrifft das Jahr 2020. Nicht gut. Und heute von uns nicht zum ersten Mal kritisch angemerkt. Ich nehme es jetzt mal mit Humor und stelle fest: „Gut Ding will Weile haben.“

„Gut Ding“? Nun, schauen wir doch mal in das entstandene Zahlenwerk hinein und fragen uns, ob wir einen „ordentlichen“ Haushaltsplan auf die Füße gestellt haben. Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement steht der **Ergebnisplan** im Zentrum der Haushaltswirtschaft. Er enthält alle geplanten Ressourcenzuwächse und -verbräuche. Dazu gehören die Abschreibungen, mit denen der Vermögensverzehr erfasst wird, ebenso wie die Rückstellungen für später zu leistende Pensionszahlungen. Die Beträge werden periodengerecht erfasst. „Durch die Doppik bekommt die Kommune einen deutlich besseren Überblick über die finanzielle Situation sowie bessere Planungsmöglichkeiten.“ So haben wir das mal erläutert bekommen.

Dazu gehört aber eben auch die zeitnahe Vorlage von **Jahresabschlüssen**. Ohne diese wird der versprochene „bessere Überblick“ zum „fehlenden Durchblick“ – zum „Blindflug“. Der Gemeinderat kann damit aufgrund fehlender Daten- und Informationsbasis seiner Verantwortung nicht oder nur schwer in gewünschter Weise nachkommen.

Für die kommenden Jahre brauchen wir außerdem fortgeschriebene **Kostendeckungsgrade** unserer Angebote und Einrichtungen. Wir benötigen diese vor allem dann, wenn der finanzielle Spielraum der Gemeinde sich in den nächsten Jahren (weiter) verschlechtern sollte. Unsere finanziellen Handlungsspielräume werden angesichts der schwierigen Entwicklungen auf Bundes-/ Landes- und Landkreisebene zusätzlich eingeschränkt und beeinträchtigt. Inflation und gestiegene Zinsen gehen auch am kommunalen Haushalt nicht vorüber. Und die Kostensteigerungen durch die Inflation treffen die Kommunen wie jeden Endverbraucher. Die kommenden Jahre werden uns bei unseren Haushaltberatungen wohl intensiver beschäftigen. Einfach mal „schauen, was da so kommt“ oder vertrauen auf das „Prinzip Hoffnung“ ist aus meiner Sicht (dauerhaft) kein wirklich guter Ansatz.

Ein früherer Bürgermeister unserer Gemeinde hat es einmal so formuliert: „Es ist nicht mehr so viel Geld da, wie wir haben.“ Er wollte damit sagen, dass die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde schlechter geworden sind und „der Gürtel vorerst etwas enger geschnallt“ werden müsse.

Ich sehe die finanzielle Zukunft durchaus noch mit (verhaltenem) **Optimismus**. Der finanzielle Spielraum ist zwar deutlich zurückgegangen, aber noch haben wir es selbst in der Hand, die wichtigen und richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Noch können wir die Prioritäten unseres Tuns selbst setzen. Pflicht- bzw. Kernaufgaben ausgenommen. Die müssen sein. Und wir spüren es bereits, dass die Refinanzierung von Aufgaben durch Bund und Land nicht in Stein gemeißelt ist.

Mit dem Wunschzettel, also mit Dingen, die schön und wünschenswert sind, aber eher die Kür darstellen, damit müssen wir uns kritisch, aber dennoch konstruktiv beschäftigen. Und das, bevor andere für uns entscheiden und uns zu unliebsamen Entscheidungen drängen. Gemeinsam müssen wir über Prioritäten und Kriterien sprechen, um in den nächsten Jahren klären zu können, welche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können oder wo wir auch Standards überdenken und ggfs. absenken können – oder müssen.

Wie hat es Christoph Müller vor kurzem auf den Punkt gebracht: „Muss es immer der Mercedes sein?“ Muss alles was wir anschaffen grundsätzlich „neu“ sein? Es gilt hierbei, wirtschaftliches Handeln (noch) mehr und bewusster ins Augenmerk zu rücken ...

Was können wir tun, wenn die geänderten Rahmenbedingungen ein aktives Handeln von uns erfordern?

Wenn wir „gezwungen“ werden, Maßnahmen zu ergreifen, die ergebnisverbessernd wirken, dann haben wir letztlich drei Möglichkeiten:

1. Einnahmen steigern
2. Ausgaben kürzen
3. Schulden machen

Alle drei Möglichkeiten zusammen, fein austariert, mit den richtigen Investitionen an den richtigen Stellen, nur das kann der Weg sein. Die Anhebung von Gebühren und Steuern ist wenig populär. Wir wollen und sollten unsere Bürger so „wenig wie möglich“ und nur „so viel wie nötig“ belasten. Und trotzdem wird es eine Herausforderung der kommenden Jahre sein, auszuloten, wie die ordentlichen Erträge gesteigert werden können.

Die Gemeinden sind bei ihrer Finanzmittelbeschaffung an eine bestimmte Reihenfolge gebunden. So wird beispielsweise vorgeschrieben, dass spezielle Entgelte wie Gebühren und Beiträge Vorrang vor allgemeinen Steuern haben. Im Übrigen sind die notwendigen Finanzmittel aus Steuern zu beschaffen. Kredite darf die Gemeinde nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre. Personalabbau ist bei einer Kommune schwer denkbar. Begrenzt doch der Stellenplan ohnehin eine zu üppige Personalausstattung und wir spüren sehr deutlich, wie schwierig es geworden ist, überhaupt in ausreichender Menge gutes und geeignetes (Fach-) Personal für die Gemeinde zu generieren. „Es ist nicht mehr so viel Personal da, wie wir brauchen“, könnte man nüchtern feststellen.

Ergebnis- und Finanzhaushalt 2024

Der **Gesamtergebnishaushalt** enthält alle ergebniswirksamen Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit. Er ist maßgeblich für den Haushaltsausgleich und erfüllt damit eine Schlüsselrolle im neuen Haushalts- und Rechnungswesen. Denn eine stetige Erfüllung kommunaler Aufgaben kann nur durch einen nachhaltig ausgeglichenen Ergebnishaushalt gewährleistet werden. Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung soll das ordentliche Ergebnis ausgeglichen sein. Dies ist im Haushaltsjahr 2024 nicht der Fall. Den ordentlichen Erträgen in Höhe von 22.871.500 € stehen ordentliche Aufwendungen mit 25.803.885 € gegenüber. Dies ergibt ein **negatives ordentliches Ergebnis** (vielleicht treffender formuliert „ordentlich negatives“) von **minus 2.932.385 €**. Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht.

Auch der **Zahlungsmittelüberschuss** des Ergebnishaushalts 2024 ist mit **-1.222.130 €** negativ und somit ein Zahlungsmittelbedarf. Bei Tilgungen in Höhe von T€ 91 beträgt die **Nettoinvestitionsrate** fast schon besorgniserregende **-1.313.380 €**. Uns liegt heute zur Verabschiedung ein defizitärer Haushaltsentwurf vor, mit dem keiner zufrieden sein kann, der aber aus Sicht der Verwaltung durchaus (noch) genehmigungs-fähig ist. Ein Haushalt, der viel verlangt – aber dafür auch viel für die Infrastruktur unserer Gemeinde liefert.

Der **Ergebnishaushalt** des Jahres **2024** ist vor allem durch die 2-Jahres-Systematik der kommunalen Finanzausgleichssystematik geprägt. Das gute finanzielle Jahr 2022 (der finale Jahresabschluss für dieses Jahr liegt uns allerdings noch nicht vor) führt bei den Finanzausweisungen in 2024 zu einer hohen Steuerkraftsumme. Lag diese planmäßig im Jahr 2023 noch bei 13,85 Mio. €, steigt sie nun auf 15,90 Mio. € an. Als Folge daraus erhält die Gemeinde in 2024 keine Mehrzuweisungen aus der Sockelgarantie.

Auf der Aufwandsseite führt die hohe Steuerkraftsumme außerdem zu erheblich höheren Umlagen. Auf der einen Seite steigt die Finanzausgleichsumlage in 2024 deutlich auf 3,56 Mio. € (Ansatz 2023: 3,07 Mio. €). Und die erhöhte Steuerkraftsumme ist dann zugleich die Basis für die zu leistende **Kreisumlage** an den Landkreis Heidenheim, die in 2024 vom Kreistag (noch) moderat um 1% auf 33% erhöht wurde. Der Betrag, der von der Gemeinde Steinheim an die Landkreiskasse fließt, erhöht sich jedoch massiv um 817 T€ (von 4,43 Mio. € auf 5,25 Mio. €). Die Entwicklungen im Bereich der Sozialausgaben und das Defizit des Klinikums stellen den Landkreis vor große finanzielle Herausforderungen. Und nach meinen Einschätzungen und Informationen wird der Kreisumlagesatz sich auch in den Folgejahren tendenziell eher weiter erhöhen, mit vermutlich weiteren nachteiligen Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen. In der ersten Beratungsrunde hat der Gemeinderat – zumindest Teile davon – um Einsparungspotentiale gerungen. Und wir haben einige Ansätze reduziert, verschoben oder ganz gestrichen. Im Nachgang hat der Kämmerer die zunächst mit 3,5 Mio. € geplanten Gewerbesteuererinnahmen im Haushaltsplan auf letztlich 3,2 Mio. € nach unten korrigiert. Damit waren die ernsthaften Einsparbemühungen der ersten Beratungsrunde stillschweigend wieder neutralisiert, das geplante negative Ergebnis hat sich sogar noch verschlechtert (von -2,6 Mio. € auf -2,9 Mio. €).

Was mich aber verwundert hat, das ist die Begründung für den erhöhten Ansatz der geplanten Gewerbesteuererinnahmen, der in den Vorjahren stets sehr konservativ prognostiziert wurde. Im Vorbericht des Haushaltsplans ist zu lesen: „Aufgrund der Eingangs beschriebener Veränderungen durch die 2-Jahres-Systematik des kommunalen Finanzausgleichs und der dadurch bedingten Verschlechterungen im Jahr 2024 wurde der Ansatz bei den

Gewerbesteuereinnahmen von bisher 2,8 Mio. € auf 3,2 Mio. € erhöht.“ Also die hier beschriebene Kausalität erschließt sich mir nicht. Ich zitiere weiter: „Dieser Betrag entspricht den aktuellen Vorauszahlungsfestsetzungen“ für das Jahr 2024.

Jetzt verstehe ich auch, warum die Gewerbesteuer, die in der ersten Runde unserer Beratungen noch auf 3,5 Mio. € „gelupft“ wurde, nach unseren Beratungen „heimlich still und leise“ wieder auf 3,2 Mio. € zurückgenommen wurden. Bleibt zu hoffen, dass die Gewerbesteuer am Ende den Festsetzungen auch wirklich entspricht und die Gewerbesteuer in 2024 ausnahmsweise nicht (und ich zitiere wieder den Vorbericht) „mit großen Unsicherheiten behaftet ist“ und die Gewerbesteuer nicht weiß, dass sie auch noch „konjunkturanfällig“ sein könnte.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Gewerbesteuereinnahmen in den Folgejahren im Planwerk für die Jahre 2025 und 2026 mit jeweils 3,5 Mio. €, in 2027 gar mit 3,9 Mio. € vorgesehen sind. Da hat jemand durchaus positive Konjunkturprognosen einfließen lassen. Wenn wir als Gemeinderat im Schulterschluss mit der Verwaltung und den gemeindlichen Einrichtungen nicht proaktiv Potentiale aufdecken und heben – in Zeiten, in denen wir es noch selber in der Hand haben – dann werden uns in der Zukunft möglicherweise schwerwiegende Entscheidungen abverlangt, die wir aus heutiger Sicht sicherlich vermeiden möchten. Der Kämmerer hat da bereits auf die mögliche Schließung der Lehrschwimmbecken verwiesen, was aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, aber auch von weiten Teilen des Gemeinderats, absolut nicht als Alternative gesehen wird.

Etwas enttäuscht bin ich über die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Aufstellung des Planwerks. Die Verwaltung hat keine konkreten Vorschläge gemacht, wo vertretbar gespart werden könnte. Nein, man packt alles Wünschenswerte rein und überlasst das Streichen dem Gemeinderat – oder besser gesagt Teilen des Gemeinderats. Dabei weiß jeder: „Man kann dauerhaft nicht mehr ausgeben, als man einnimmt.“ Der große planerische Fehlbetrag des Ergebnishaushalts in 2024 mit minus -2,9 Mio. € bleibt auch in den Folgejahren jedes Jahr geplant negativ: 2025: -0,7 Mio. € / 2026: -0,2 Mio. € / 2027: -1,2 Mio. €. Dabei sollte der Ergebnishaushalt grundsätzlich – aber auf jeden Fall über die Jahre hinweg – ausgeglichen sein. Für 2024 haben wir noch „frei verwendbare“ Rücklagen. Wenn diese aber aufgebraucht sind, also der Sparstrumpf sich geleert hat, dann werden wir zur Realisierung auch wieder in die Verschuldung gehen müssen.

Finanzhaushalt

Für den Fall, dass alles, was in den Haushaltsplan 2024 aufgenommen wurde auch tatsächlich komplett umgesetzt werden würde, dann würde sich die Verschuldung alleine im Kernhaushalt bis Ende 2027 von „Null“ (korrekterweise 3.750 €) auf insgesamt 6,7 Mio. € entwickeln. Aus den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre haben wir gelernt, dass das immense Investitionsprogramm in der Regel gerade mal mit rund 40% der eingestellten Investitionsauszahlungen zum Tragen gekommen ist. Und auch bei den Unterhaltungsmaßnahmen wurde durchschnittlich rund 70% im vorgesehenen Haushaltsjahr umgesetzt bzw. zahlungswirksam. Und wenn wir uns jetzt schon im März des laufenden Haushaltsjahres befinden, und uns nicht mal mehr 10 Monate zum Handeln verbleiben, dann wird auch 2024 letztlich wieder nicht alles abgearbeitet werden (können). Und hier pass es jetzt ganz gut: „The same procedure as every year ...“.

Investitionsprogramm

Der Neubau für die mittlerweile vor über zwei Jahren innerhalb weniger Stunden komplett ausgebrannte **Wentalhalle** steht mit vorgesehenen 5,0 Mio. € an der Spitze der geplanten Investitionen in 2024. Viele, auch wir im Gemeinderat, hätten uns gewünscht, dass der Prozess insgesamt deutlich schneller gestaltet werden kann. Im Jahr 2024 muss es endlich mit dem Bau losgehen!

Seit nunmehr mehr als zwei Jahren tragen unsere Hillerschule und die sporttreibenden Vereine die schwierige Situation – die Zeit ohne eigene Halle – mit und arrangieren sich mit bzw. trotz massiven Einschränkungen. Beeindruckend finde ich die nach wie vor hohe Hilfsbereitschaft umliegender Kommunen und Vereine, für unseren Bedarf Hallenkapazitäten „abzuzwacken“. Das ist aller Ehren wert und ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Gemeinderäte der FREIEN WÄHLER ganz herzlich dafür bedanken. Danke auch an die Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung, dass der Bauantrag trotz den bürokratischen Hürden soweit finalisiert werden konnte und wir zeitnah auf die Baugenehmigung hoffen dürfen. Nach Fertigstellung der neuen Halle bekommen wie eine topmoderne Halle, die nicht nur technisch auf dem neuesten Stand sein wird. Ich gehe jedoch davon aus, dass nach Fertigstellung und Inbetriebnahme zumindest ein Großteil der Gestehungskosten – über vermutlich 40 Jahre – zu jährlichen, planmäßigen Abschreibungen führt. Abschreibungen vermutlich in einer Größenordnung von mindestens 300.000 € pro Jahr. Nun, die Position „Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachvermögen“ steigt in 2024 auf 2,51 Mio. € an. In den Folgejahren (2025: 2,46 Mio. € / 2026: 2,41 Mio. € / 2027: 2,34 Mio. €) gehen die Abschreibungen in der Finanzplanung jährlich kontinuierlich zurück. Das kann doch nur einen der beiden nachfolgenden Gründe haben:

Entweder die Verwaltung geht **nicht** davon aus, dass die neue Wentalhalle in den nächsten 4 Jahren (2024 bis 2027) fertig sein und ihrer Bestimmung übergeben werden kann (aber genau das hoffe ich nicht) oder aber die Position Abschreibungen wurde nicht wirklich fundiert „geplant“ weil nur die im vorhandenen Anlagespiegel bereits enthaltenen Abschreibungen „fortgeschrieben“ wurden. Unter Einrechnung wahrscheinlicher Abschreibung für die neue Wentalhalle würden die errechneten Gesamtergebnisse im Ergebnishaushalt der Folgejahre zumindest ab 2027 sich wohl noch etwas schlechter darstellen.

Ein schon länger auf dem Wunschzettel stehendes Anliegen, die dringend erforderliche Sanierung des **Zehntstadels** und der damit verknüpfte Teilausbau des nördlichen bislang ungenutzten Gebäudeteils kann bald baulich angegangen werden. Was andere Kommunen schon realisiert haben, ich denke unter anderem an die Hammerschmiede in Königsbronn oder die Schranne in Giengen, soll jetzt auch in Steinheim geschehen. Was hier entstehen soll, wird eine schöne Bereicherung des Raumangebots für die unterschiedlichsten Nutzungsmöglichkeiten. Die Meinungen, ob die Sanierung und der Teilausbau dieses Gebäudes „sein muss“ oder nicht sind unterschiedlich und man kann darüber sicherlich kontrovers diskutieren. Aus meiner Sicht besteht zum Erhalt der Gebäudesubstanz dringender Handlungsbedarf. Und als ortshistorische Besonderheit Steinheims hier auch eine Nutzbarkeit damit zu verbinden ist – das ist meine persönliche Meinung – die letztlich logische Konsequenz aus der aufgestellten Planung und vorliegenden Baugenehmigung. Den eingestellten Sanierungs- und Umbaukosten von 2,75 Mio. € stehen ja auch Zuschüsse von gut 1,5 Mio. € zur Verfügung.

Wer die Haushaltsplanberatungen live miterlebt hat, der hat erleben können, dass die vorgesehenen Investitionen für den **Bauhof** teilweise emotional und durchaus heftig diskutiert wurden. Es finden sich im Haushaltsplan 370 T€ für Fahrzeug- und Maschinenbeschaffungen und weitere 320 T€ für die Erneuerung des Werkstatt-dachs und der damit erforderlichen Installation einer PV-Anlage.

Der Bauhof soll mit den für seinen Aufgaben- und Verantwortungsbereich benötigten Fahrzeugen und Maschinen ausgestattet werden. Keine Frage. Dabei ist es aus unserer Sicht durchaus legitim, dass die Frage, was tatsächlich sinnvollerweise beschafft und was davon – neu oder vielleicht auch mal gebraucht – letztlich gekauft bzw. temporär gemietet oder geleast wird, dem Gremium plausibel erläutert wird. Es ist nicht gut, wenn man diese Abstimmung nicht vertrauensvoll durchführt. Wir wünschen uns für die Zukunft eine offene und vertrauensvolle(re) Kommunikation und bieten hierfür einen konstruktiven Dialog gerne an.

Die Neugestaltung des Pausenhofs vor der Grundschule, der flächendeckende Breitbandausbau in unserer Gesamtgemeinde sowie die Erweiterungen auf unseren Friedhöfen sehen wir als sinnvoll und notwendig an und tragen diese vollumfänglich mit.

Die Anschaffung eines Gerätewagens Transport (GW-T) sehe ich als sinnvolle Investition. Das Tätigkeitsfeld der **Feuerwehren** verschiebt sich auch bei uns immer mehr von der klassischen Brandbekämpfung hin zur technischen Hilfeleistung. Insofern steigert ein GW-T letztlich die Effektivität unserer Feuerwehr. In 2024 wird geplant, was dann 2025 angeschafft werden soll. Wir bitten bei der Suche nach einem geeigneten Fahrzeug alternative Beschaffungsformen (zumindest) zu prüfen. Letztlich handelt es sich doch um einen „normalen“ LKW mit Hebebühne, Signalanlage und Funk. Und jeder weiß, dass die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs zum einen durch eine Kommune und zum anderen bei einem Spezialanbieter für Feuerwehrfahrzeuge ein Vielfaches an Kosten mit sich bringt. Aus meiner Sicht birgt die alternative Beschaffung ein enormes Einsparpotential.

Dass für die Behebung der Feuchtigkeitproblematik beim **Dieter-Eisele-Saal** unserer Musikschule zur Ursachenbeseitigung 300 T€ nicht erst für 2025, sondern nunmehr zum Glück doch in 2024 zur Verfügung stehen, ist aus unserer Sicht alternativlos. „Eindringende Feuchtigkeit in ein Gebäude ist nie gut“, hat unser Ortsbaumeister nachvollziehbar erläutert. Der Gemeinderat hat deshalb folgerichtig und mit der notwendigen Hartnäckigkeit die zur Mängelbeseitigung ggfs. erforderlichen Mittel von 2025 nach 2024 vorgezogen und eine kurzfristige Ursachenuntersuchung eingefordert. Diese wurde dann auch prompt vorgelegt, mit einem „Gutachten“ aus dem letzten Jahr. Wir sehen hier „Gefahr in Verzug“ und bitten das Bauamt, sich kurzfristig und mit hoher Priorität mit der Problem- und Schadensbeseitigung auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zielführende Lösungsvorschläge zur Entscheidung vorzustellen.

Für **Straßensanierungen** und allgemeine Straßenbauarbeiten sind für 2024 knapp 1,5 Mio. € veranschlagt und für die Erneuerung des Hirschtal- und Gnannentalsträßchens, den Neubau diverser Feldwege und u.a. des Knillwegs rund 1,1 Mio. €. Die Notwendigkeit hierfür, teilweise in kombinierter Ausführung mit erforderlichen Maßnahmen im Bereich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist für uns nachvollziehbar. Dass bei diesen Baumaßnahmen für die Gemeinde Leerrohre und Breitband mitverlegt werden, wenn die Straße schon mal aufgebaggert ist, ist absolut richtig. Wichtig ist für uns auch, dass die Priorisierung der einzelnen Maßnahmen planvoll abgearbeitet und ggfs. aufgrund neuer Erkenntnisse auch mal aktualisiert und angepasst wird. Wir bitten die Verwaltung, die Kostenberechnung für den Ausbau des Knillwegs kurzfristig detailliert zu erläutern. Die angesetzten Kosten erscheinen uns

sehr hoch. Bitte stellen Sie dem Gremium künftig die Ausführungsplanungen größerer Baumaßnahmen detailliert vor und zur Verfügung – möglichst grundsätzlich vor dem jeweiligen Baubeginn. Auch ist es uns wichtig, dass die einzelnen Baumaßnahmen mit einem **Kostencontrolling** zeitnah begleitet werden. Und noch besser wäre es, wenn dieses Kostencontrolling dem Gemeinderat in regelmäßigen Abständen zur Kenntnis gebracht wird. Diese Bitte, vielmehr Aufforderung, gilt uneingeschränkt auch für größere Projekte im „Hochbau“.

Bauliche Entwicklungsmöglichkeiten

Die Bereitstellung von Bauplätzen ist ein wichtiger Bestandteil der Gemeindeentwicklung. Als attraktive und familienfreundliche Gemeinde – und das ist Steinheim mit seinen Teilorten zweifelsfrei – sind wir neben der **Ortsentwicklungsplanung** auch bei der Schaffung von Baugrund für die wohnwirtschaftliche als auch gewerbliche Nutzung einen ganz entscheidenden Schritt weitergekommen. Mit den Baugebieten im „**Königsbronner Feld**“ sowie in der „**Breite Süd**“, aber auch dem Gewerbegebiet „**Söhnstetten Nord-Ost**“ können wir in Kürze bauwilligen Bürgerinnen und Bürgern die Realisierung ihrer Eigenheim- bzw. Bauwünsche bei uns in der Gesamtgemeinde ermöglichen. Um die bauliche Entwicklung in unserer Gemeinde auch weiterhin kontinuierlich voranzubringen, sind für den „Grunderwerb“ folgerichtig wieder 2,0 Mio. € eingestellt.

Unterhaltungsprogramm 2024

Für Unterhaltungsmaßnahmen in die kommunale Infrastruktur unserer Gesamtgemeinde sind etwas mehr als 1,1 Mio. € vorgesehen. Im Vergleich zum Vorjahr fast eine Verdoppelung der Mittel. Der größte Anteil hiervon geht in die Gebäudeunterhaltung, weitere Mittel sind für Sanierungsarbeiten an Ortsstraßen, an Feldwegen und die Straßenbeleuchtung eingestellt. Insbesondere die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED in einigen Gebieten Steinheims ist sinnvoll und zu begrüßen. Die Gemeinderäte der FREIEN WÄHLERVEREINIGUNG tragen das vorgesehene Unterhaltungsprogramm vollumfänglich mit. Die vorgestellten Maßnahmen halten wir für wichtig und richtig.

Wirtschaftspläne 2024 der Eigenbetriebe

Für Investitionen sind im **Eigenbetrieb Wasserversorgung** knapp 1,6 Mio. € eingeplant. Neben weiteren Auszahlungen für die Erschließung von Neubaugebieten sind Maßnahmen in der Hirschstraße, der Hinteren Gasse, der Gerstetter Straße/Frontal, der Steinheimer Straße, für die Druckerhöhung im Ortsnetz Irmannsweiler, für eine Druckerhöhungsanlage Dudelhof, für das Pumpwerk Hirschtal sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit (Notstromaggregate) vorgesehen. Zur Finanzierung ist im Jahr 2024 eine Kreditaufnahme in

Höhe von 1.655.000 € veranschlagt. Im Dezember letzten Jahres haben wir den Wasserpreis von 1,93 €/m³ auf 2,11 €/m³ beschlossen. Unter Zugrundelegung des neuen Wasserpreises wird vom Kämmerer für das Jahr 2024 im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung ein veranschlagtes Ergebnis von +3.255 € prognostiziert.

Im **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** sind 2,7 Mio. € für Investitionen vorgesehen.

Schwerpunkte sind neben weiteren Auszahlungen für die Erschließung von Neubaugebieten u.a. Maßnahmen zur Verdolung des Wentalgrabens, eine weitere hohe Investitionskostenbeteiligung für die Kläranlage in Mergelstetten, zum Bau eines Regenüberlaufbeckens (kurz „RÜB“) mit Retentionsraum, Kanalerneuerungsmaßnahmen und Ertüchtigungsmaßnahmen in bestehende RÜBs, die Kanalerneuerung in der Hirsch- und Brunnenstraße sowie der Hinteren Gasse und im Frontal enthalten. Außerdem sind Maßnahmen zur Oberflächenwasserableitung aus dem Baugebiet Königsbronner Feld, für den Lerzgraben und für Grunderwerb im Zuge des Hochwasserschutzes vorgesehen. Darüber hinaus auch noch eine Fahrzeugbeschaffung mit T€ 70.

Zur Finanzierung ist im Jahr 2024 eine Kreditaufnahme in Höhe von 3.065.000 € veranschlagt. Im Dezember letzten Jahres haben wir auf Basis einer vorgelegten Gebührenkalkulation die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von bislang 1,50 €/m³ auf 1,70 €/m³ beschlossen. Die Niederschlagswassergebühr blieb unverändert bei 0,31 €/m³. Im Wirtschaftsbetrieb des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung wird vom Kämmerer für das Jahr 2024 ein, aus meiner Sicht überraschend hohes Ergebnis von +134.515 € ausgewiesen.

Fazit

Sie sehen, wir haben uns auch für das kommende Haushaltsjahr viel vorgenommen.

Das Aufgabenpaket ist riesig – die Mittel sind begrenzt. Steinheim ist „finanzschwach“.

Aber nicht nur die Finanzkraft unseres Haushalts ist durchaus strapaziert, sondern auch die Personalressourcen sind begrenzt. Daraus resultiert für uns FREIE WÄHLER die Erkenntnis, dass wir keine zusätzlichen Aufgaben leisten können, die nicht dringend notwendig sind.

Unsere Gemeinde muss sich auf wesentliche Aufgaben konzentrieren. Die FWV wird auch in Zukunft konstruktiv – gelegentlich auch wo berechtigt kritisch – die Verwaltung bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen begleiten und unterstützen, um Steinheim auch weiterhin als lebenswerte Gemeinde erhalten und entwickeln zu können. Für uns als FREIE WÄHLER gilt es, die Mittel unsere Gemeinde mit Augenmaß einzusetzen und die Gemeinde mit klugen Investitionen fit für die Zukunft zu machen. Damit schaffen wir Lebensqualität und sorgen dafür, dass Steinheim und seine Teilorte attraktiv bleiben – als Wohn- und als Wirtschaftsstandort.

Dabei ist eines klar: Wir können und wollen viele Dinge neu machen oder verbessern. Aber es ist nicht alles möglich – schon gar nicht alles auf einmal.

Schlussbemerkung

Zum Schluss möchte ich mich, auch im Namen der Gemeinderäte der FREIEN WÄHLERVEREINIGUNG, bei Ihnen Herr Bürgermeister Weise sowie der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Insbesondere gilt der Dank der Kämmerei für das ausführliche Zahlenwerk sowie die Erläuterungen hierzu. Den Umgang zwischen Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat erleben und empfinden wir als offen, vertrauensvoll und konstruktiv. Dasselbe gilt auch für die Arbeit und das kollegiale Miteinander im Gemeinderat. Die Gemeinderäte der FREIEN WÄHLERVEREINIGUNG werden der Haushaltssatzung sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit großer Mehrheit zustimmen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Mathias Brodbeck (es gilt das gesprochene Wort)

Gemeinderat Thorsten Schulze nimmt für die CDU (Christlich Demokratische Union) wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Unser Land, unsere Gesellschaft steht vor zahlreichen Herausforderungen, die unsere Aufmerksamkeit und gemeinsame Anstrengungen erfordern. Sei es der Klimawandel, soziale Ungleichheit, Digitalisierung, Migration, anhaltende Flüchtlingskrise, Bildung- und Fachkräftemangel, Teuerungen in allen Lebensbereichen. Die deutsche Wirtschaft steckt in einer Rezession, im Vergleich der G20-Staaten ist Deutschland das Schlusslicht mit einem negativen Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2023. Der anhaltende Krieg in der Ukraine, die Auswirkungen der Pandemie hat vieles aus dem Gleichgewicht gebracht. Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten erschüttern die Welt. All diese Ereignisse haben mittelbar Auswirkungen auf unsere Gemeinde.

Lassen Sie uns bei den heutigen Haushaltsberatungen gemeinsam den Blick nach vorn richten. Unser Ziel als CDU-Fraktion lautet nach wie vor: Wir wollen gute Lösungen für das Wohlergehen der Menschen in Steinheim und ihren Teilorten erreichen. Aus diesem Grund investieren wir gezielt in die Weiterentwicklung unserer Gemeinde. Die kommunalen Investitionen, die wir ermöglichen, fließen in Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge. Die Aufgaben der Gemeinde werden immer mehr und mehr. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Mitarbeiter und die Gehaltsausgaben immer weiter steigen. 2024 werden es nahezu 8 Millionen Euro sein. Bei einem Haushaltsvolumen von 22 Millionen Euro ein erheblicher aber notwendiger Anteil bei der Finanzplanung. Nur mit gutem und ausreichendem Personal lassen sich die vielfältigen und steigenden Anforderungen erledigen.

Wentalhalle

Priorität Nummer 1 hat natürlich die Wentalhalle und diese ist kein Prestigeobjekt. Uns allen ist bewusst wie wichtig diese Sporthalle für unsere Vereine und die Schülerinnen und Schüler der Hillerschule ist. Die CDU-Fraktion unterstützt den Fortgang des Wiederaufbaus, wo es nur geht. Leider werden wir hier von der unsäglichen Bürokratie immer wieder ausgebremst. Wir wünschen uns, dass die Halle bis Herbst 2026 wieder zur Benutzung bereitsteht. Wir alle müssen Verständnis haben, wenn andere Projekte dafür in der Priorität verschoben werden.

Zehntstadel

Voll und ganz stehen wir hinter dem Ausbau und der Erhaltung des Zehntstadel in der Ostheimer Straße. Der Stadel ist das älteste Gebäude unserer Gemeinde, denkmalgeschützt und absolut erhaltenswert. Hier entsteht eine wichtige Begegnungsstätte zur Steigerung der Lebensqualität für Alt und Jung, für Kultur, Geburtstage, Hochzeiten und vieles mehr. 2.700.000 € sind für dieses Vorhaben 2024 unter der Kostenstelle Räumliche Planung und Entwicklung als Investitionsmaßnahme eingestellt. Zuschüsse kommen in Höhe von 1.537.000 €, diese splitten sich in 1.377.000 € aus dem Landessanierungsprogramm, sowie 160.000 € aus dem Denkmalsbereich.

Bauhof

Ein gut funktionierender Bauhof ist wichtig für die gesamte Gemeinde und kommt allen Bürgern zugute. Deshalb stehen wir in unserer Fraktion mehrheitlich auch zu größeren Ausgaben in Bezug auf Arbeitsgeräte und Fahrzeuge (370.000 €). Ein neuer Bagger und ein anderer Radlader müssen beschafft werden. Es handelt sich hier um Ersatzbeschaffungen. Beide Fahrzeuge sind stark in die Jahre gekommen und sind immer wieder durch Defekte nicht einsatzbereit.

Wir bedauern es sehr, dass die Bankettfräse (66.000 €) keine Mehrheit bekommen hat, obwohl der Kauf dieser, nicht nur in finanzieller Hinsicht, die sinnvollste Anschaffung gewesen wäre. Mit Mietgeräten, oder der teuersten Möglichkeit durch einen Dienstleister wird auf Dauer keine Zufriedenheit aufkommen, immerhin sind ca. 100 km Feld- und Forstwege zu pflegen. Geschieht dies nicht ist mit hohen Folgekosten durch Frostaufbrüche zu rechnen. Es handelt sich bei der Fräse um eine Zusatzausrüstung, das Trägerfahrzeug für dieses Gerät wäre beim Bauhof vorhanden. Nur mit engagierten Mitarbeitern und mit guter Ausstattung, kann ein Bauhof effektiv betrieben werden.

Grundstückskäufe

2 Millionen Euro sind für Grundstückskäufe eingeplant. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Innenverdichtung Steinheims und der Teilorte. Durch neue Reihenhäuser auf dem sog. „Seessle-Areal“ konnte in Söhnstetten weiteren Familien der Hauskauf ermöglicht werden. Auch beinhaltet diese Summe den Kauf von älteren Häusern zur Flüchtlingsunterbringung. Das Landratsamt teilt den Gemeinden immer wieder Flüchtlinge zu, die Unterbringung obliegt dann alleine der Gemeinde und sie ist im Zugzwang.

Die Neubaugebiete in Steinheim am Königsbronner Feld und in Söhnstetten Breite Süd nehmen nach und nach Gestalt an. In beiden Gebieten wird durch die stark gestiegenen Baukosten der Quadratmeterpreis für die Grundstücke neue Höhen erreichen. Beim Straßenbau in Steinheim ist der erste Bauabschnitt der Hirschstraße /Brunnenstraße so gut wie abgeschlossen, der zweite wird jetzt dringend folgen. Der Knillweg in Sontheim wird erneuert, die Bausumme liegt hier bei 562.000 €. Vom Land gibt es für dieses Vorhaben einen Zuschuss über 100.000 €. In Söhnstetten soll die Straße „In der Breite“ zwischen Böhmenkircher Straße und Abzweig Tulpenweg saniert werden. Fördermittel für dieses Vorhaben wurden beantragt.

Mobilität

Tempo „30“ in den Ortsdurchfahrten Hauptstraße Steinheim und Heidenheimer Straße in Söhnstetten – hier nur nachts - ist beantragt und kommt hoffentlich in diesem Jahr zur Anwendung. Die Car-Sharing Fahrzeuge wurden abgeschafft, da sie schlichtweg so gut wie nicht genutzt wurden. Dafür kommt unser Bürgermobil mit seinen ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern häufiger zum Einsatz und ist an vielen Tagen voll ausgebucht. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten wird dieses Angebot nun gut angenommen und genutzt. Der Kauf eines elektrischen Bürgermobils war eine sinnvolle Anschaffung.

Gemeindeparterschaften

Die Partnerschaften/Patenschaft mit Colombelle (Frankreich), Kroisbach (Ungarn) und auch Weindorf (Ungarn) sind uns sehr wichtig. Im Haushalt sind hierfür 20.000 € vorgesehen. Durch gemeinsame Projekte zu Sport, Musik und Jugend sollen die Verbindungen weiter gepflegt und ausgebaut werden. Sinn und Zweck von Gemeindepatschaften ist das Zusammenfinden von Menschen über Grenzen hinweg. Viele unserer Bürger haben ihre Wurzeln in Ungarn, es wäre schade diese Verbindungen auslaufen zu lassen.

Kindergärten

Aktuelles Projekt ist der erweiterte Waldkindergarten in Gnannenweiler. Eine weitere Gruppe wird dort in diesem Jahr ihren Betrieb aufnehmen. Der Bedarf an Kindergartenplätzen in unserer Gemeinde ist weiterhin groß und es kommt immer wieder zu Wartelisten. Wir werden den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung unterstützen.

Gestaltung Schneckenweiher

Im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung Hirschstraße / Brunnenstraße soll im Sanierungsgebiet an der Kreuzung Schulstraße / Brunnenstraße eine kleine Parkanlage angelegt werden. Diese soll als Treffpunkt für Jung und Alt genutzt werden. Für die Landschaftsbauarbeiten sind 125.000 € im Haushalt 2024 eingestellt. Dies ist für uns eine sinnvolle Ergänzung im Umfeld der Schule.

Pausenhof Grundschule

Der Pausenhof vor dem Haupteingang der Grundschule ist dringend sanierungsbedürftig, die Spielgeräte längst abgebaut, da sie nicht mehr sicher für ihre Benutzer waren. Die Entwurfsplanung wurde seitens der Verwaltung vorgestellt. Der Kostenvoranschlag steht bei 670.000 €, aus dem Ausgleichsstock soll hier eine Zuwendung von 536.000 € beantragt werden. Nach positivem Bescheid werden die weiteren Schritte zur Projektumsetzung vorbereitet.

Homepage und Bürger-App

Die Verwaltung hat die digitale Herausforderung unter anderem von Social Media auch aufgrund unserer Forderungen angenommen und ihr digitales Angebot und schnelle Kommunikation über Instagram deutlich verbessert. Eine gute Homepage reicht heute allerdings nicht mehr aus. Die Menschen holen sich ihre Informationen sehr häufig mobil über ihr Smartphone. Dafür ist unsere Homepage aber nicht benutzerfreundlich. Viele Gemeinden haben deshalb eine Bürger-App. Siehe z.B. unsere Nachbargemeinde Königsbronn. Schnell, einfach und benutzerfreundlich erhält man hier Informationen. Dies wünschen wir uns auch für unsere Gemeinde.

Ein Wort noch zur kommenden Gemeinderatswahl: es wird bei allen Fraktionen/Gruppierungen personelle Veränderungen geben, ich wünsche allen ein glückliches Händchen bei der Kandidatenaufstellung und einen fairen Wahlkampf, damit nach dem Sommer 2024 weiterhin eine konstruktive Gesamtmannschaft Steinheim und seine Teilorte in die Zukunft führen kann. Ziehe ich nun Bilanz stelle ich fest, dass die Gemeinde Steinheim vielen anderen Kommunen immer wieder einen Schritt voraus ist und durch Beschlüsse, die besonnen, realistisch, manchmal auch mutig - aber zukunftsorientiert - doch stets finanzierbar waren, sich zu einer Gemeinde entwickeln konnte, so wie sie sich heute zeigt. Vielseitig, familienfreundlich und lebenswert.

Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen/ Gruppierungen für die konstruktiven Beratungen im Ausschuss bedanken. Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich bei der Kämmerei, stellvertretend bei Herrn Freymüller mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Aufstellen des aufwendigen Zahlenwerkes für 2024. Wir danken unserem Bürgermeister Holger Weise für seinen klaren politischen Kurs zum Wohl unserer Gemeinde. Die Steinheimer Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf uns! Die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Steinheim ist sich dieser Bedeutung bewusst, daher werden wir dem Haushaltsentwurf 2024 zustimmen.

Thorsten Schulze

Mitglied der CDU-Fraktion (es gilt das gesprochene Wort)

Gemeinderat Volker Lang übernimmt die Haushaltsrede für den Arbeitnehmerblock (SPD und Unabhängige):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

Fast könnte man schwermütig werden:

War das Jahr 2022 geprägt vom Überfall Russlands auf die Ukraine und dachte man bis zum Frühjahr 2023 noch, dass der Krieg eventuell doch ein schnelleres Ende finden könnte, sieht es zum Jahreswechsel 2023/2024 nach einem sich festfahrenden Stellungskrieg wie 1916/17 in Frankreich aus. Der brutale Überfall der palästinensischen Hamas Terroristen auf israelisches Staatsgebiet ruft Erinnerungen an München 1972 wach und zeigt wieder einmal, dass die Menschheit es tatsächlich anscheinend nicht schafft, aus bereits gemachten Fehlern zu lernen.

Derweilen geht der Klimawandel fast ungebremst weiter und bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Ich möchte dabei an die extreme Trockenheit und die anschließenden verheerenden Waldbrände diesen Sommer in Griechenland und Spanien, die extreme Flutwelle in der wüstenhaften Umwelt Libyens, die sintflutartigen Regenfälle in Italien und paradoxerweise wieder in Griechenland erinnern. Dies findet vor unserer Haustüre statt und wenn man den Wissenschaftlern des Welt-Klimarates (IPPC) glauben darf, werden sich diese Ereignisse noch deutlich verschärfen.

Zu den vor Kriegen und untragbaren politischen Verhältnissen fliehenden Menschen werden mehr und mehr Klimaflüchtlinge in Europa an die Tür klopfen und um Einlass bitten. Wie wir seit 2015 wissen, werden dies zu einem großen Teil die Gemeinden als letzter in der Kette stemmen müssen. Aktuell haben wir im Haushalt € 100.00 für Umbauten zur Flüchtlingsunterbringung eingestellt. Mal sehen, wie sich das in 10 Jahren darstellt! Wenn wir uns jetzt den Ansatz des Ergebnishaushaltes 2024 zu 2023 im Detail ansehen, fällt auf, dies haben meine Vorredner ja auch bereits so berichtet, dass ausgabenseitig folgende Erhöhungen zu beklagen sind:

Personalaufwendungen +500.000 €

Hier ist mittel- bis langfristig sowohl aufgrund von Tarifabschlüssen sowie immer weiterwachsender Aufgaben der Verwaltung keine Entspannung in Sicht. Einzig die nach unserer Meinung sehr hohen Personalkosten für die Kinderbetreuung von 2,5 Mio. € sollten dringend im Rahmen eines Gesamtprogramms Kindertagesbetreuung auf den Prüfstand gestellt werden.

Abschreibungen + 600.000 €

Hier ist auch langfristig keine Besserung in Sicht, da jede getätigte Investition sich abschreibungstechnisch auswirkt!

Zinsen an Geldinstitute + 60.000 €

Die Niedrigzinsphase ist vorbei und es wäre im Nachhinein sinnvoll gewesen sich, falls möglich und zulässig, Kredite mit geringen Konditionen zu sichern.

Gewerbesteuerumlage und Finanzausgleichsumlage + 590.000 €

Das starke Finanzjahr 2022 und die gestiegene Steuerkraftsumme der Gemeinde holt uns jetzt im Jahr 2024 mit höheren Umlagen ein. Dies ist jedoch temporär und belastet nur einmalig.

Kreisumlage + 820.000 €

Nicht nur die Steuerkraftsumme, sondern auch die Erhöhung der Kreisumlage auf 33% schlagen hier zu Buche. Somit dürfen alle Kreisgemeinden die ehrgeizigen und nicht für jedermann nachvollziehbaren Investitionen des Landkreises mitfinanzieren. Dabei schlagen die Investitionen in die Mergelstetter Kläranlage sowie die Klinikausbaupläne zu Buche. Auch im Landratsamt sind größere Investitionen geplant.

Allein diese Posten summieren sich auf 2,45 Mio. € höhere Ausgaben als im Plan 2023.

Zusätzliche Einnahmen sind eher rar gesät:

Gewerbesteuer + 700.000 €

Hier sind die in den vergangenen Jahren sehr konservativ angesetzten Beträge lediglich an die realen angepasst worden. Insofern ist diese Zahl ein reiner Buchwert. Es hat sich hierzu in den vergangenen Jahren 2021,22 und auch 23 gezeigt, dass die in Summe der 3 Jahre veranschlagten Gewerbesteuererträge um ca. 6 Mio. € übertroffen wurden. Dies lässt auch für 2024 hoffen!

Anteil aus der Einkommensteuer + 250.000 €

Hier gilt es zu beobachten, inwieweit dieser Betrag die nächsten Jahre angepasst wird.

Sonstige Zuweisungen und Zuwendungen + 160.000 €

Aufgelöste Investitionszuwendungen + 140.000 €

Auch diese Beträge sind eher als volatil zu bezeichnen.

Summa Suma rum verbleibt im Ergebnishaushalt ein Fehlbetrag von 2,9 Mio. €. Der Kernhaushalt ist aktuell schuldenfrei, die jetzt geplante Kreditaufnahme von € 3,5 Mio. erhöht die pro Kopf Verschuldung auf € 383.- was im Vergleich anderer, gleich großer und strukturschwacher Gemeinden im Mittelfeld liegt. Trotz alledem muss diese Entwicklung im Auge behalten werden.

Im Finanzhaushalt ist der angepeilte Fehlbetrag aufgrund einer Vielzahl an Investitionen im Hoch- und Tiefbau mit 5,5 Mio. € deutlich höher und wird über aufgelöste Rücklagen abgedeckt. Diese sind in den starken Finanzjahren 2021 und 2022 angespart worden und kommen nun, so ist es zumindest geplant, zur Verwendung. Wie im letzten Jahr, möchte ich als Söhnstetter Gemeinderat noch ein paar Anmerkungen zu den im Teilort im Jahr 2023 getätigten Investitionen und deren Fortgang anführen: War in der Vergangenheit in der Bevölkerung des Öfteren ja zu hören, dass die allermeisten Mittel in Steinheim investiert würden und die Weiler und Teilorte zu kurz kämen, hört man heute eher gegenteilige Stimmen: Man kann vor lauter

Baustellen ja nicht mehr mit dem Auto fahren geschweige denn Parken. Dies sehen wir aber eher als Lob, denn als Tadel, denn es rührt sich etwas:

Hierzu im Einzelnen:

Digitalisierung der Seebergschule

Ist nach Aussage der Schulleiterin Martina Sprauer nahezu abgeschlossen und es wird auch fleißig mit den digitalen Endgeräten gearbeitet.

Ausweisung des Baugebietes Breite Süd

Die Infrastrukturmaßnahmen mit Straßenbau, Kanal, Wasserleitung, Leerverrohrung ist annähernd abgeschlossen, so dass im Frühjahr die letztendliche Vermessung und die Vermarktung angegangen werden kann. Hier gilt es dem gesamten Bauamt insbesondere auch Herrn Markus Speier ein dickes Lob auszusprechen. Die Mannschaft war sehr oft vor Ort, hatte bei allen Problemen einen praktikablen Einfall und stets ein gutes Verhältnis mit den ausführenden Baufirmen. Die Vergaberichtlinien wurden hier in diesem Gremium verabschiedet, die Bauplatzpreise festgelegt, so dass von Seiten der Gemeinde, die meiste Arbeit getan ist. Es bleibt abzuwarten, wie die Vermarktung anläuft: das hohe Zinsniveau ist nach wie vor gegeben, die Baukosten nach wie vor hoch und die Inflation im privaten Bereich deutlich spürbar.

Ausweisung des Gewerbegebietes „Am Bühlstock“

Hier stockt es allerdings noch gewaltig: Aufgrund von Problemen mit Anliegern kann der Entwässerungskanal nicht gebaut werden, so dass die Vermarktung der Grundstücke nicht begonnen werden kann. Es ist hier zu prüfen, ob es anstatt langwieriger gerichtlicher Entscheidungsprozesse nicht sinnvoller wäre eine machbare, wenn auch teurere Variante zu prüfen. Es geht dabei vor allem auch um den Ruf der Gemeinde!

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf moderne LED-Technologie

Hervorzuheben ist hierbei nicht nur die hohe Lichtausbeute der neuen Lampen, sondern insbesondere die intelligente Steuerung samt Bewegungsmeldern. Gerade in den weniger frequentierten Nebenstraßen lässt sich diese nachvollziehen: nähert sich ein Fußgänger der Lampe, flammt diese hell auf, um beim Verlassen des Bereichs wieder deutlich abzdunkeln. So kann viel Energie gespart werden, ohne das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu beeinträchtigen. Im Übrigen plädieren wir dafür die Nachtabschaltung weiterhin beizubehalten und die erzielten 30 % Energieeinsparung auf das CO2 Konto einzuzahlen.

Umfangreiche Straßensanierungen

Nachdem nun mit Anschluss des Baugebietes Breite Süd auch die Gerstetter Straße fertiggestellt ist, sind die geplanten Projekt vorerst abgeschlossen. Es verbleiben noch Missstände in der Seebergstraße, Heidestraße, Uhlandstraße sowie in der Breite. Letztgenannte soll in 2024 angegangen werden. Wir bitten die zuerst genannten nicht bis auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Bebauung Seesle Areal

Man kann hier tatsächlich von einem Erfolgsmodell sprechen: Hatten doch viele „Alt Söhnstetter“ sich anfänglich über die „Hasenstallbebauung“ mokiert und das Vorhaben eher belächelt, stellt sich das Projekt jetzt als Volltreffer heraus. Es ist eine optisch ansprechende, sich in die Umgebungsbebauung harmonisch einfügende Siedlung entstanden, die für 17 Familien zu einer bezahlbaren Heimat wird und die zudem energetisch auf dem neuesten Stand ist. Der Einzug ist für April 2024 geplant und man darf gespannt sein, wie die „Neu Söhnstetter“ sich in das dörfliche Leben integrieren. Für die Grundschule Söhnstetten sind die Neubürger essenziell, werden in der Klasse 1 aktuell gerade mal 6 Kinder unterrichtet.

Spielplätze Frontal und Götzenbrunnenstraße

Hier wurde handwerklich sauber und hochwertig gearbeitet, die Plätze sind fertig und werden sehr gut angenommen. Insbesondere der Matschplatz des Frontalspielplatzes freut sich regen Zuspruchs. Es kommen sogar Familien aus den Nachbargemeinden zu einen Picknick Ausflug und Spielplatzbesuch für ein paar Stunden nach Söhnstetten. Auch hier ein großes Lob an das Bauamt!

Söhnstetter Friedhof

Die Arbeiten zur Errichtung weiterer Gemeinschaftsgrabanlagen, Wegesanierungen sowie die Schaffung von Ruheplätzen sind angegangen. Die neue Friedhofsplanung ist sinnvoll und zukunftsgerichtet. Da die Ausweisung von Tiefgräbern immer weniger wird, weniger Platz gebraucht wird, ist tatsächlich zu überlegen, den südöstlichen Teil des Friedhofs, der nahezu komplett leer steht, anderweitig zu gestalten. Dabei sollte auch eine Verkleinerung der Fläche nicht tabu sein!

Ein weiteres, hier und heute erwähnenswertes spezielles Söhnstetter Thema sind die bereits erfolgte Schließung des Lebensmittelgeschäftes sowie die geplante Schließung der verbleibenden Bankfiliale. Dies führt zu einer deutlichen Steigerung des Individualverkehrs zwischen den Gemeinden. Das Verkehrsaufkommen in der Kappelstraße in Steinheim übertrifft zahlenmäßig den Durchgangsverkehr durch Sontheim. Das Bürgermobil wird zwar eifrig genutzt, ist aber im Grunde genommen ökologisch nicht bessergestellt. Zudem kann der aktuell

schon sehr gut ausgebaute ÖPNV dies nicht komplett abfedern. In anderen Gemeinden (Beispiele gibt es in Münsingen sowie in Zwiefalten) wurden in den umliegenden Gemeinden sogenannte Mitfahrbänkle aufgestellt, mit einem Wetterschutz versehen und beschildert. Autofahrer, die vorbeifahren, halten an und nehmen die wartenden Personen in die größeren Gemeinden mit. Zurück gibt es wieder ein entsprechendes Bänkle. Wir könnten uns vorstellen, dies versuchsweise in Söhnstetten einzuführen und eine Testphase durchzuführen. Ob und wann sich in Söhnstetten wieder ein Geschäft auftut, steht in den Sternen. Eine Bankfiliale sicher überhaupt nicht mehr.

Ein persönliches Anliegen ist mir noch die längst überfällige Beseitigung der Altlasten vor der Brandruine des Anwesens Bauer in der Hinteren Gasse. Für diesen Schandfleck muss jetzt endlich eine Lösung her und ich bitte hier alle Hebel in Bewegung zu setzen.

Abschließend möchten wir uns bei unserem Bürgermeister Weise für sein unermüdliches Engagement und seine Ausdauer recht herzlich bedanken und wünschen ihm und dem gesamten ebenso fleißigem Verwaltungs-Team weiterhin ein glückliches Händchen. Seien Sie gewiss, dass wir bei aller konstruktiven Kritik stets ein fairer Partner sein und Sie nach Kräften unterstützen werden.

Der Haushaltssatzung 2024, dem Haushaltsplan und der Wirtschaftspläne Wasser und Abwasser werden wir als Fraktion Arbeitnehmer Block zustimmen.

Für die Fraktion Arbeitnehmer Block (ANB)
Volker Lang

Gemeinderätin Dr. Mechthild Freist-Dorr hält für Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängige folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,
sehr geehrte Damen und Herren,

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen einen roten Teppich angekündigt – leider verzögert sich die Lieferung noch etwas. Sie kennen das sicher auch aus dem privaten Bereich. Aber entscheidend ist, das Radwegekonzept liegt vor und wir werden in diesem Jahr im Gemeinderat über die Maßnahmenvorschläge beraten. Mein Wunsch an die Gemeindeverwaltung ist, dass dieses Thema sehr rasch auf die Tagesordnung des Gemeinderats kommt. Für erste Umsetzungen sind € 180.000 im Haushalt eingestellt. Zusätzlich wird am Kreisel, entlang der

Landesstraße, ein kleines Stück Radweg im Zuge der Erschließung des Neubaugebietes Königsbronner Feld gebaut werden.

Ein weiteres Projekt hat ebenfalls noch „Lieferverzögerung“: nämlich die Umsetzung des im Jahr 2021 einstimmig durch den GR beschlossenen Lärmaktionsplans. Hier soll für die Hauptstraße in Steinheim durchgehend Tempo 30 vorgeschrieben werden. Für die B466 soll durch Söhnstetten zumindest nachts Tempo 30 gelten. Ich bitte um priorisierte Behandlung dieses Themas, hat dies doch doppelten Nutzen:

- Zum Einen wirkt es sich umgehend auf die Gesundheit der an diesen beiden Durchgangsstraßen lebenden Bürgerinnen und Bürger aus. Lärm schädigt körperlich und psychisch, das ist auch der Grund, warum wir als Gemeinde verpflichtet waren, den Lärmaktionsplan zu erstellen.
- Zum Anderen ist die Hauptstraße in Steinheim der für Radfahrende gefährlichste Bereich. Langsamer fahrende Autos würden sofort eine spürbare Minderung der Gefahr bewirken. Ergänzende Maßnahmen aus dem Radwegekonzept könnten dann zusätzlich das Miteinander aller, die die Hauptstraße benutzen, erleichtern; sei es zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto. In der Folge fahren mehr Menschen innerorts mit dem Fahrrad statt mit dem Auto. Das verringert wiederum den Verkehrslärm und trägt zur CO²-Reduktion bei – eine klassische „Win-Win“-Situation.

Energiewende – was tut Steinheim?

Beim Klimawandel sind alle gefordert – jede und jeder Einzelne, aber auch jede Kommune. Nur wenn wir hier weltweit gleichgerichtet etwas tun und es uns damit gelingt, dem Temperaturanstieg entgegenzuwirken, ist diese Erde auch für unsere Kinder und nachfolgende Generationen noch lebenswert.

Ein kleiner Baustein ist dabei die kommunale Wärmekonzeption: Das kommunale Wärmekonzept soll aufzeigen, wie der Istzustand der Gebäude in Bezug auf den Wärmebedarf ist und gegebenenfalls wo die hierfür nötige Energie aus erneuerbaren Quellen oder aus Abwärme zentral erzeugt werden kann. Ziel dabei ist die Reduktion der Treibhausgase beim Heizen. Wir haben 2023 beschlossen, die Wärmekonzeption freiwillig sofort zu beauftragen, auch wenn wir uns von der Einwohnerzahl her noch Zeit lassen könnten. Das ist ein wichtiges Signal! Sowohl die Gemeinde als auch die Bürgerinnen und Bürger haben damit verlässliche Daten, die zeigen, wo effektiv gehandelt werden kann und die bei der Priorisierung von Vorhaben helfen.

Die Windräder in Gnannenweiler liefern schon seit einigen Jahren Strom aus erneuerbarer Energie, ebenso der Solarpark in Gnannenweiler. Seit Oktober 2023 ist der Solarpark Küpfendorf am Netz. Aber auch mit unseren eigenen Gebäuden können wir als Vorbild wirken, indem wir die Dächer für Fotovoltaik nutzen – eine Forderung, die von den Gegnern des Solarpark Küpfendorf erhoben wurde und die für uns selbstverständlich ist. Im Bestand der Gemeinde Steinheim laufen die PV auf dem Rathaus, dem alten Postgebäude, dem Bauhof und die PV auf der Mensa.

2024 sind weitere Anlagen im Bereich der Investitionen vorgesehen:

- Friedhof Steinheim (€ 60.000)
- Auf Antrag der GRÜNEN eine weitere Anlage auf einem Gebäude in der Hauptstraße (€ 30.000)

2025

- 2 weitere Anlagen (€ 60.000)

Für die Dächer auf dem Zehntstadel und auf der Wentalhalle ist erneuerbare Energie gesetzlich vorgegeben – und wird selbstverständlich umgesetzt.

Eine weitere Maßnahme, die den Energiebedarf senkt und sich langfristig rechnet, ist die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen. Hier sind in diesem Haushalt € 225.000 vorgesehen, eine deutliche Steigerung gegenüber den letzten beiden Jahren.

Beim Thema Energiewende ist auch unser bewirtschafteter Gemeindewald ein wichtiger Faktor – in mehrfacher Hinsicht: Der Teil des genutzten Holzes, der z. B. in einem Dachstuhl verbaut wird, ist ein jahrhundertelanger CO²-Speicher. Der Teil, der als Brennholz behagliche Wärme liefert, ersetzt fossile Energieträger. Gleichzeitig wird durch die im Wald verbleibenden Bäume weiteres Co² gespeichert. Weil wir nicht mehr Holz nutzen als nachwächst, ist die CO² Bilanz mindestens ausgeglichen. Klimastabil soll unser Wald werden – deshalb werden neben den Bäumen, die sich natürlich ansamen, vor allem Baumarten angepflanzt, die mit geringeren Niederschlägen und größeren Klimaextremen zurechtkommen. In der Pflege wird darauf geachtet, dass Vielfalt und Baumartenmischungen erhalten bleiben. Erfreulicherweise sind die Holzpreise auf einem anständigen Niveau, der Gemeindewald wird neben der Verbesserung der CO²-Bilanz nach derzeitigem Stand auch noch einen finanziellen Überschuss abliefern. Wir planen mit einem negativen Gesamtergebnis. Dieses entspricht nicht der „schwäbischen Hausfrauen-Seele“. Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre und den vom Kämmerer mitgeteilten vorläufigen Rechnungsergebnissen der Jahre 2021-2023 bin ich aber optimistisch,

dass das Defizit am Jahresende geringer ausfallen und die nötige Kreditaufnahme geringer wird als veranschlagt. Deshalb werde ich dem -Haushalt zustimmen.

Abschließend bedanke ich mich auch im Namen von Herrn Malischke bei den Mitarbeitenden der Gemeinde Steinheim für ihren Einsatz, für die konstruktive Zusammenarbeit mit uns im vergangenen Jahr. Unser herzliches Willkommen gilt allen neuen Mitarbeitenden. Wir wünschen Ihnen ein rasches Einleben, Freude und gutes Gelingen bei der Arbeit für unsere Gemeinde!

Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängige

Dr. Mechthild Freist-Dorr